Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

26.04.2011 – 09:59 Uhr

Verteilungsbericht des SGB/ Einkommensschere mit intelligenter Lohn- und Steuerpolitik bekämpfen

Bern (ots) -

Mit seinem Verteilungsbericht liefert der SGB den bis heute fehlenden, wissenschaftlichen Überblick über die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz der letzten 15 Jahre. Das Resultat ist klar, die Profiteure der letzten 10, 15 Jahre sind die hohen und höchsten Einkommen - sowohl bei den Löhnen als auch bei den Vermögenseinkommen, wie SGB-Präsident Paul Rechsteiner sagt. Die bestbezahlten 40'000 Personen erhöhten ihre Reallöhne um über 20 Prozent. Gleichzeitig stiegen die tiefen und mittleren Löhne nur um rund 2 bis 4 Prozent, womit sie deutlich unter dem Produktionswachstum lagen. Verursacht wird diese Lohnschere von der individualisierten Lohnpolitik. Die Lohnschere öffnet sich am meisten in denjenigen Branchen, die am stärksten Bonuszahlungen pflegen (bspw. Banken, Versicherungen). Besser sieht es in Branchen mit aktiver Mindestlohnpolitik und guten Gesamtarbeitsverträgen (GAV) aus. "Dank hohem Organisationsgrad schaffen wir es, vergleichsweise anständige Lohnverhältnisse zwischen den Berufen mit einfacheren Anforderungen und den obersten Einkommensklassen zu bewahren, doch der Druck der Unternehmen geht eindeutig in die andere Richtung", hält Giorgio Tuti fest. Er präsidiert die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV und ist SGB-Vizepräsident.

Die Steuer- und Abgabepolitik stand voll im Dienst der höchsten Einkommen und Vermögen. Das Resultat: 2008 hat eine Familie mit hohem Einkommen 14'800 Franken mehr frei verfügbares Einkommen als vor zehn Jahren. Die mittleren und besonders die tiefen Familieneinkommen haben hingegen kaum mehr Geld zum Leben (2'700 bzw. 300 Franken). Das Fazit von SGB-Chefökonom Daniel Lampart: "Mit individualisierter Lohnpolitik und Boni werden die tiefen und mittleren Löhne um ihren Anteil an der Wertschöpfung gebracht." Für gerechtere Verhältnisse braucht es generelle Lohnerhöhungen. Anstelle von Boni sollen 13 Monatslöhne bezahlt werden. Alle Löhne müssen durch Mindestlöhne geschützt sein, über GAV und einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Fr./h, wie das die Mindestlohn-Initiative vorsieht. Die Steuer- und Abgabenpolitik muss den tiefen und mittleren Einkommen nützen. Der SGB lehnt Steuersenkungen fürs Bausparen, die Abschaffung der Emissionsabgabe bei Obligationen sowie die Revision der Wohneigentumsbesteuerung ab. Diese öffentlichen Gelder braucht es für eine gerechtere Finanzierung der Krankenversicherung. Prioritär sind höhere Prämienverbilligungen.

Der Verteilungsbericht kann unter www.verteilungsbericht.ch heruntergeladen werden.

Kontakt:

Daniel Lampart, Chefökonom und Sekretariatsleiter SGB
079 205 69 11

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100623484 abgerufen werden.